

Aktionsbündnis

Landeselternrat, Landeschülerrat
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft



“Für eine bessere Schule in Mecklenburg-Vorpommern”

Offener Brief

vom 26. November 2004

Schule ist Teil einer demokratischen Gesellschaft

Das Aktionsbündnis „Für eine bessere Schule in Mecklenburg-Vorpommern“ fordert die Landespolitik auf, bei der Bildungsreform ideologische Scheuklappen abzulegen und eine langfristige überparteiliche Lösung zu schaffen.

Wir erwarten, dass die Politik die Kompetenz aller am Bildungs- und Erziehungsprozess Beteiligten nutzt und Reformen gemeinsam gestaltet. Vor allem gilt es, die unwürdige Abhängigkeit der Bildungsteilhabe von der sozialen Herkunft zu überwinden.

1. Bildung von Anfang an

- Wir unterstützen Aktivitäten der Landespolitik, wenn sie darauf gerichtet sind, die notwendigen Bedingungen für elementare Bildung, Erziehung und Betreuung in Familien, Kitas und Schulen zu schaffen. Dies kann nur bei einer ausreichenden Finanzierung sowie einer kontinuierlichen Aus-, Fort- und Weiterbildung der Pädagoginnen und Pädagogen gelingen.
- Wir sehen die Notwendigkeit, die Förderung im Kindergarten mit der Grundschule zu koordinieren. In diesem Zusammenhang begrüßen wir den Ausbau der Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern.

2. Längeres gemeinsames Lernen - allen Schülern eine Chance

Das Aktionsbündnis sieht sich als Reaktion auf die Ergebnisse der jüngsten OECD-Studie in der Forderung nach der „Einen Schule für alle Kinder“ bestätigt.

Es hat sich gezeigt:

- Das gegliederte Schulsystem mit dem gesetzlichen Auftrag der Lehrer, die Kinder auszulesen und auszusortieren, ist pädagogisch überholt.
- Bildung wird sich weder allein durch Änderungen in der Struktur noch allein durch Änderungen in den Rahmenbedingungen verbessern. Ganz offensichtlich gelingt es integrativen Bildungssystemen mit den entsprechenden Voraussetzungen wesentlich erfolgreicher, sowohl Förderung in der Breite als auch Spitzenleistungen zu erreichen. Deswegen fordern wir neben der „Einen Schule für alle Kinder“ auch die für das Gelingen unabdingbaren Rahmenbedingungen.
- Wir brauchen einen gesellschaftlichen Konsens darüber, wie Kinder und Jugendliche auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet werden müssen. Dazu ist eine unvoreingenommene Diskussion der jüngsten OECD-Studie und der jüngsten PISA-Studie notwendig. Ideologische Schlammschlachten bzw. parteipolitisches Profilierungsgerangel werden von uns abgelehnt.

- Das Aktionsbündnis strebt ein breites Bündnis aller an Bildung Beteiligten an. Ziele sind Ganztagsangebote für alle Schüler und das längere gemeinsame Lernen mit individuellen Bildungsplänen nach skandinavischem Vorbild. Dies bedeutet unter anderem auch, dass Lehrer ihre Verantwortung für den Lernerfolg der Schüler wahrnehmen können.
- Ganztagschulen müssen als Lebens- und Lernraum gestaltet werden und dafür die entsprechenden personellen Bedingungen erhalten sowie auch ein bedarfsgerechtes Raumangebot mit Schulbibliotheken, Mensen, Bewegungsspielräumen inner- und außerhalb des Schulgebäudes, Rückzugsmöglichkeiten und Freizeiträumen. Für alle Kinder müssen Ganztagschulen in erreichbarer Nähe sein. Den besonderen Bedingungen unseres Flächenlandes ist hierbei Rechnung zu tragen. Kreisgrenzen dürfen kein Hindernis sein, um kurze Schulwege zu ermöglichen.
- Das Aktionsbündnis fordert die Umsetzung der in der Koalitionsvereinbarung vorgesehenen Erhöhung der Stundenzuweisung als Minimum für einen Aufbau von echten Ganztagschulen.

3. Neues Leitbild für Lehrerinnen und Lehrer

- Wir brauchen die Diskussion über ein neues - gesellschaftlich anerkanntes - Leitbild für Lehrerinnen und Lehrer.
- Die Anforderungen an Schule und Lehrkräfte haben sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Lehrkräfte müssen individuell auf ganz unterschiedliche Schüler mit unterschiedlichen sozialen Voraussetzungen, Erfahrungen und Talenten oder Handicaps eingehen. Der gesetzlich erteilte Auslese-Auftrag der Lehrer ist kein Zukunftsmodell.
- Lehrer, die in gemeinsam geführten Klassen unterrichten, sind hinsichtlich eines individuell fördernden und fordernden Unterrichts mit individuellen Bildungsplänen für die Schüler fortzubilden. Wir fordern das Bildungsministerium deshalb auf, entsprechende Fortbildungsprogramme für Lehrerinnen und Lehrer aufzulegen. Diese Fortbildung muss im Grundsatz vor dem Einsatz in einer solchen Klasse erfolgen und laufend fortgeführt werden.
- Lehrerinnen und Lehrern wird neben dem fachlichen, didaktischen und pädagogischen Wissen und Können, genauso wie Eltern, ein Höchstmaß an gesellschaftlicher Verantwortung und Vorbildwirkung abverlangt. Dies kann nur in gegenseitiger Unterstützung, Anerkennung und Würdigung geschehen. Im Mittelpunkt steht dabei das einzelne Kind.

4. Die Politik sollte folgende Positionen anerkennen und unterstützen

- Schule muss immer mehr als Ort einer umfassenden Prävention der komplexen sozialen Probleme herhalten. Lehrer sind zunehmend gleichzeitig als Pädagoge, Erzieher und Psychologe gefordert. Ohne Mitarbeit und umfassende Unterstützung von Schulsozialarbeitern und Schulpsychologen können sie diesen Anforderungen nicht gerecht werden.
- Sowohl die Landesregierung als auch die Opposition müssen sich mit aller Konsequenz um die ständige Optimierung der Lernbedingungen für Schülerinnen und Schüler sorgen. Im Einklang damit sind die Arbeitsbedingungen für Lehrer so zu gestalten, dass von jedem Lehrenden stets eine hohe Motivation erwartet werden darf.
- Schüler, Lehrer und Eltern müssen sich als gleichberechtigte Partner in den bildungspolitischen Dialog einbringen können.

GEW M-V

Landeselternrat

Landeschülerrat